



29. Mai 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Solidarpakt für Kommunen**
- **Entschädigungszahlungen für erwerbstätige Eltern**
- **Corona-Steuerhilfegesetz**
- **Einigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien Gesundheit**
- **Werbeverbot für elektronische Zigaretten**
- **Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz**
- **Interview mit dem Opferbeauftragten zur Gewalt von rechts**
- **Bilder der Woche**

Solidarpakt für Kommunen

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen einen Solidarpakt für Kommunen, um die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer auszugleichen und um einmalig die am stärksten belasteten Kommunen von ihren Altschulden zu entlasten.

Das bedeutet:

- kurzfristige Entlastung durch einen pauschalisierten Ausgleich für Corona bedingte Ausfälle bei der Gewerbesteuer.
- eine Entschuldung finanzschwacher Kommunen zur Stärkung der zukünftigen Investitionsfähigkeit.

Dies ist die Grundlage, damit Städte und Gemeinden weiterhin investieren können: in Schulen und Kitas, in Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. In den Kommunen wird deutschlandweit am meisten investiert.



Entschädigungszahlungen für erwerbstätige Eltern

Die **Lohnfortzahlung für Eltern** wird **verlängert!**

- auf bis zu **10 Wochen** für jeden Elternteil
- auf bis zu **20 Wochen** für Alleinerziehende

**DURCH-
GESETZT!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Wir haben für mehr Unterstützung für berufstätige Eltern gekämpft und uns durchgesetzt.

Das Bundeskabinett hat es nun auf den Weg gebracht: Solange Kitas und Schulen in der Corona-Krise noch nicht wieder geöffnet sind, wird die Lohnfortzahlung für Mütter und Väter auf jeweils bis zu zehn Wochen ausgedehnt. Für Alleinerziehende, die wegen der Krise die Kinderbetreuung übernehmen müssen und nicht zur Arbeit können, wird sie auf bis zu 20 Wochen verlängert.

Corona-Steuerhilfegesetz - Hilfe für Wirtschaft, Familien und Kommunen

Um die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern, ist die Steuerpolitik ein entscheidendes Instrument. Daher haben SPD und CDU/CSU das „Corona-Steuerhilfegesetz“ in den Bundestag eingebracht.



Die Mehrwertsteuer für Speisen in Gaststätten wird befristet bis Mitte 2021 auf sieben Prozent abgesenkt.

Die Aufstockungsbeträge der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld werden von der Steuer befreit.

Viele Eltern, die wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren sollen und deren Kinder derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen vor existenziellen Herausforderungen. Bei Paaren soll jeder Elternteil insgesamt einen zehnwöchigen Anspruch auf die Leistung erhalten. Alleinerziehende können die Lohnfortzahlung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen.

Für Kommunen wird die Übergangsregelung für die Umsetzung der neu geregelten Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts um 2 Jahre bis Ende 2022 verlängert.

Einigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien

Wir haben endlich mit unserem Koalitionspartner eine Einigung erzielt, um die Zielmarken der Energiewende beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen und die industriefeindliche Blockade der Union gelöst.

Nach monatelangen Verhandlungen konnten wir erreichen, dass wir einen großen Schritt beim Ausbau der erneuerbaren Energien nach vorne gehen werden: Der 52-Gigawatt-Deckel beim Solarstrom fällt zukünftig weg, die strikte bundesweite 1.000 Meter Abstandsregelung bei Windkraft ist vom Tisch und um die Projekte schnell voranzubringen, werden nun Planungsprozesse modernisiert und gestrafft. So erreichen wir unsere Klimaziele besser und bringen unser Land wirtschaftlich voran.

Werbeverbot für elektronische Zigaretten



Auch beim Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Gesundheitsschäden durch Rauchen konnten wir endlich eine Einigung erzielen: Zusätzliche Werbeverbote für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter werden nun eingeführt.

Mit der Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes, das diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten und dann an den federführenden Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen wurde, sollen die Werbebeschränkungen festgelegt werden. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsschäden steht im Vordergrund. Gleichzeitig sollen zusätzliche Werbeverbote für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter eingeführt werden.

Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz

Außerklinische Intensivpflegepatientinnen und -patienten sollen in Zukunft selbst entscheiden können, wie und wo sie leben möchten. Mit dem Regierungsentwurf eines Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetzes respektiert die Bundesregierung diese Wahlfreiheit.

Wenn ein Mensch gut zu Hause gepflegt wird und er damit weiter am Leben seiner Familie teilhaben kann, dann muss das auch möglich sein. Der Gesetzentwurf macht erstmals Qualitätsvorgaben für die Intensivpflege zu Hause. So dürfen nur qualitätsgeprüfte Pflegedienste außerklinische Intensivpflege erbringen.

Krankenhäuser und Heime werden verpflichtet, ihre Patientinnen und Patienten von den Beatmungsgeräten zu entwöhnen, wann immer das möglich ist.

Zudem sollen die Eigenanteile, die die Versicherten bei der Inanspruchnahme von Leistungen der außerklinischen Intensivpflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen derzeit zu leisten haben, erheblich reduziert werden. So erhalten Versicherte eine Wahlmöglichkeit, die unabhängiger ist von eigenen finanziellen Belastungen.

Der Grundsatz Rehabilitation vor Pflege wird mit dem Regierungsentwurf gestärkt, indem wir Patientinnen und Patienten den Zugang zu geriatrischen Rehabilitationsmaßnahmen erleichtern. Sie sollen künftig nach ärztlicher Verordnung ohne Überprüfung der medizinischen Erforderlichkeit durch die Krankenkasse erfolgen können.

Ebenfalls gestärkt werden soll das Wahlrecht der Versicherten bei der Auswahl einer Rehabilitationseinrichtung: Wenn Versicherte eine andere als von der Krankenkasse bestimmte Einrichtung wählen, sollen sie die Mehrkosten künftig nicht mehr vollständig, sondern nur zur Hälfte selbst tragen. Zudem schaffen wir mehr Transparenz durch bundesweit einheitliche Versorgungs- und Vergütungsverträge bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.

Interview

"Die Hetze im Netz muss endlich Konsequenzen haben"

Der Opfer-Beauftragte Edgar Franke über die Zunahme politisch motivierter Gewalt und den Kampf gegen den Rechtsextremismus



Rhein-Neckar-Zeitung vom 28.05.20. Bild: Edgar Franke

Frage: Herr Franke, die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist 2019 einmal mehr gestiegen. Wo bleibt der entschlossene Kampf gegen Gewalt von rechts und links?

Franke: Wir haben den Kampf gegen Menschen- und Demokratiefeinde aufgenommen und führen diesen Kampf inzwischen sehr entschlossen. Hier sind wir als Politik gefordert, aber auch jeder Einzelne: Vielfalt, Menschlichkeit und Demokratie müssen wir viel stärker verteidigen als früher. Und wir müssen uns vor allem um die Opfer von Rassismus und Menschenhass kümmern, sie besser schützen und Solidarität zeigen.

Frage: Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, dem Anschlag von Halle und dem Attentat von Hanau haben Bund und Länder ein Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf den Weg gebracht. Reichen diese Schritte aus?

Franke: Das Gesetzespaket der Bundesregierung gegen Hass und Hetze und die Stärkung der Sicherheitsbehörden sind wichtige Schritte. Wir müssen den Verfolgungsdruck auf Extremisten weiter erhöhen. Vor allem die Hetze im Netz muss endlich Konsequenzen haben! Volksverhetzungen und Bedrohungen bereiten der Gewalt den Boden. Diese Taten müssen scharf geahndet werden. Das sieht das Gesetzespaket vor. Weitere Schritte werden folgen.

Frage: Die Bundesregierung will das Thema zur Chefsache machen. Was erwarten Sie vom Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus?

Franke: Es ist richtig, dass der Kampf gegen Rassismus und der Schutz vor Hass und Gewalt nun höchste politische Priorität haben. Der Kabinettsausschuss unter Leitung der Bundeskanzlerin ist deshalb ein starkes Signal. Ich erwarte wichtige Initiativen zur Stärkung unserer Demokratie und der Vielfalt unserer Gesellschaft. Und ein Schwerpunkt wird auf Maßnahmen zum Schutz aller liegen, die von rechter Gewalt, von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind.

Frage: Es gibt Kritik an fehlenden Hilfen und mangelnder Entschädigung für die Opfer von extremistischer Gewalt. Sehen Sie hier Handlungsbedarf?

Franke: Ja, ich setze mich für weitere Hilfen ein. Die schrecklichen Terroranschläge von Halle und Hanau haben die Opfer mitten aus dem Leben gerissen. Viele Familien konnten wir mit psychologischen, praktischen und finanziellen Soforthilfen unterstützen. Allein in Hanau haben wir in den ersten Wochen weit über eine Million Euro bereitstellen können. Aber aus vielen Gesprächen weiß ich, wie groß auch die Not der Ladenbesitzer ist, deren Geschäfte zu Tatorten wurden. Der drohende Verlust der wirtschaftlichen Existenz macht die persönliche Situation noch schlimmer als ohnehin schon. Deshalb setze ich mich für schnelle finanzielle Hilfen ein, um die größte Not der Betroffenen auch bei materiellen Schäden lindern zu können. Daran arbeiten wir bereits.

Quelle: https://www.rnz.de/politik/hintergrund_artikel,-interview-die-hetze-im-netz-muss-endlich-konsequenzen-haben-_arid,516602.html

Bilder der Woche

Seeheimer Mittagstisch mit Olaf Scholz

Letzten Donnerstag hat sich unser Vizekanzler und Finanzminister zwei Stunden Zeit genommen, um mit uns Fragen im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm zu erörtern, vor allen Dingen aber auch, um sich über die einzelnen konkreten Unterstützungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie zu unterhalten.



Er hat ausdrücklich ausgeführt, dass wir mit den finanziellen Unterstützungsleistungen für Unternehmen, für Solo-Selbständige, für Freiberufler antizyklisch gegen eine drohende Wirtschaftskrise in Deutschland arbeiten. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass wir es schnell tun, weil ein Unternehmen, das aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten erst einmal aufhört, so schnell nicht wieder seine Tätigkeit aufnehmen kann.

Auch habe ich ihn in der Diskussion ganz konkret auf die Nöte und Sorgen der Bürgermeister, gerade im ländlichen Bereich angesprochen. In Nordhessen drücken die Betriebskosten der Kindertagesstätten alle kleinen und mittleren Kommunen, weil 60% von Ihnen zu tragen sind und nur 10% durch das Land Hessen und 30% durch Beiträge zur Refinanzierung der U3-Kindergartenkinder.

Auch sind die Investitionsförderungen für den Bau von Kindertagesstätten nicht ausreichend. Olaf Scholz hat nochmal ausdrücklich betont, dass dies Aufgabe der Länder sei und dass beispielsweise die Stadt Hamburg oder Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu Hessen die Kommunen wesentlich besser unterstützen. Er wolle aber nochmal die Bundesmittel für Kindertagesstätten sich besonders anschauen.

Zur aktuellen Umweltbelastung von Weser und Werra

Die Gruppe der „Weseranrainer-Abgeordneten“ im Deutschen Bundestag hat sich in dieser Sitzungswoche in Berlin erneut über die aktuelle Umweltbelastung der Weser ausgetauscht.



Von links nach rechts: Katja Keul, BÜNDNIS 90/ Grüne, Marja-Liisa Völlers, Stefan Schwartz, Esther Dilcher, Susanne Mittag, Achim Post und Johannes Schraps (alle SPD).

Der Masterplan Salzreduzierung gibt für den Zeitraum 2015 bis 2021 klare Zielformulierungen für die Wasserqualität in Weser und Werra vor. Mit der Abkehr vom Bau einer Oberweser-Pipeline („Werra-Bypass“) hat k+s eine wichtige Forderung der Weseranrainer erfüllt. Die Weseranrainer werden weiter darauf drängen, dass die Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung vorangetrieben werden.

Aufstieg

Der KSV Hessen ist zurück in der Regionalliga. Über den Aufstieg des KSV Hessen Kassel freuen sich von links: Edgar Franke, KSV Vorstandsmitglied Daniel Bettermann, Neuentals



Bürgermeister Dr. Philipp Rottwilm und Jesbergs Bürgermeister Heiko Manz.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 3 Image by [Peter H](#) from [Pixabay](#), Seite 4 Image by [Lindsay Fox](#) from [Pixabay](#), Seite 5 f Interview unter <https://www.nwzonline.de/interview/opferbeauftragter-zur-gewalt-von-rechts-wir-muessen-opfer-a-50,8,1642294372.html>, Bild Edgar Franke, Seite 7 und 8 unten Bild Edgar Franke, Seite 8 oben Bild Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.